

AKTUELL

EU-RENATURIERUNGSGESETZ

Zurück zur Natur

Joël Adami

Nach langem Bangen ist nun klar: Das EU-Renaturierungsgesetz wird in Kraft treten. Feuchtgebiete, Wälder, Steppen, Flüsse und andere Habitate sollen vermehrt wiederhergestellt werden.

Am vergangenen Montag löste sich eine lange Blockade: „Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur“, auch als EU-Renaturierungsgesetz bezeichnet, passierte den Minister*innenrat mit einer sehr knappen Mehrheit. Eigentlich hatten die Mitgliedsstaaten bereits im November 2022 ihre Zustimmung signalisiert. Nachdem das Gesetz vom Europaparlament gebilligt worden war, galt die zu nehmende Hürde des Minister*innenrats als reine Formalie. Doch es kam anders: Vor der Sitzung Ende März kündigten Schweden, Italien, die Niederlande und Ungarn an, das Gesetz nicht mehr unterstützen zu wollen, Österreich, Belgien und Finnland wollten sich enthalten.

Schlussendlich war es die österreichische Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne), die mit ihrer Zustimmung dafür sorgte, dass das Gesetz im Rat eine qualifizierte Mehrheit, das heißt mehr als 65 Prozent der Bevölkerung der EU, bekam. Sie löste damit eine Mini-Regierungskrise aus: Die konservative ÖVP warf Gewessler Verfassungsbruch vor, ihr Bundeskanzler Karl Nehammer kündigte eine Nichtigkeitsklage an. In einer eilig einberufenen Pressekonferenz sagte er jedoch, die auf wackeligen Füßen stehende Koalition nicht zu beenden. Die nächsten Parlamentswahlen stehen in Österreich ohnehin im September an.

Vor der Abstimmung im Minister*innenrat kam es am Montagmorgen in Luxemburg-Kirchberg vor dem European Convention Center zu einer symbolischen Aktion der Umweltschutzorganisationen Natur an Umwelt und Mouvement écologique. Die wollten im Namen der europäischen „#Restore-Nature-Koalition“ den Minister*innen noch einmal ins Gewissen reden, dem Renaturierungsgesetz doch zuzustimmen. Die NGOs sehen das Gesetz als Erfolg ihres Engagements: „Nach Jahren intensiver Kampagnenarbeit und vielen Höhen und Tiefen sind wir überglücklich, dass dieses Gesetz nun Realität ist – dieser Tag wird als Wendepunkt für Natur und Gesellschaft in die Geschichte eingehen“, hieß es in einer Pressemitteilung. Die Gegner*innen des Gesetzesprojektes, die konservative EVP sowie die Rechtsaußenfraktionen EKR und ID, hätten eine „beispiellose und absurde Desinformationskampagne“ durchgeführt, um das Gesetz zu verhindern, seien damit jedoch nicht durchgekommen.

Im EU-Parlament hatten im Februar alle sechs luxemburgischen Abgeordneten für das Gesetz gestimmt, auch der Luxemburger Umweltminister Serge Wilmes (CSV) stimmte im Minister*innenrat dafür. Laut Pressemitteilung der Regierung unterstrich Wilmes im Rat, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung das Gesetz befürwortet und Renaturierungsmaßnahmen aus ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicht „so wichtig wie nie zuvor“ seien. Die EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) begrüßte die Entscheidung des Rats per Aussendung: „Ich bin erleichtert, dass die Blockade um das Renaturierungs Gesetz im Rat endlich aufgehoben wurde. Mit dieser Abstimmung wurde ein Kernstück des Green Deals gefestigt. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren: Aktuell sind mehr als 80 Prozent der Natur in Europa in einem schlechten Zustand. Gesunde Ökosysteme sind wichtig für das Klima, die biologische Vielfalt und die Landwirtschaft.“

Luxemburg freut sich

Die EU-Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, der Kommission einen nationalen Renaturierungsplan vorzulegen. Darin müssen sie zeigen, wie sie die Ziele des Gesetzes auf nationaler Ebene umsetzen wollen. So sollen bis 2030 zum Beispiel 30 Prozent der Moorflächen renaturiert werden. Auch Wälder, Trockenwiesen, und Meeresökosysteme sowie Bestäuberinsekten sollen besseren Schutz erfahren und wiederhergestellt werden. Wälder beispielsweise sollen künftig besser miteinander verbunden werden, eine diversere Altersstruktur aufweisen und mehr Totholz enthalten. In urbanen Gebieten sollen bis 2030 keine Grünflächen verloren gehen, anschließend weitere hinzukommen.

25.000 Kilometer Flüsse und Bäche sollen renaturiert und Barrieren abgebaut werden, damit sie wieder fließend sind. Diese Vorgabe könnte für Luxemburg zum Problem werden, denn die Maßnahmen zur Renaturierung von Gewässern gehen hierzulande nur schleppend voran (siehe woxx 1663). Auf diesen Tatbestand wies der Méco vergangenen Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz hin und unterstrich, dass das Wasserwirtschaftsamt für seine Aufgaben mehr Ressourcen bräuchte. Vielleicht hilft es ja, dass Luxemburg nun riskiert, in Sachen Renaturierung öfters auf die Finger geschaut zu bekommen: Die Europäische Umweltagentur wird die Fortschritte der Mitgliedsstaaten durch technische Berichte dokumentieren. Eine Überprüfung des gesamten Gesetzes durch die Kommission ist für das Jahr 2032 vorgesehen.

SHORT NEWS

Arbeit und Behinderung im Fokus

(tj) – Wie viele Arbeiternehmer*innen mit Behinderung leben in Luxemburg? Wie stehen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt? Diesen und weiteren Fragen geht das Arbeitsministerium zurzeit mittels einer mehrteiligen Studie nach. Erste Ergebnisse wurden am Montag der Presse vorgestellt. Demnach gingen im Dezember letzten Jahres 4.639 Personen mit dem Status „salarié handicapé“ – davon 27 Prozent luxemburgische Staatsbürger*innen – einer Lohnarbeit nach: 1.529 davon in einem „Atelier protégé“, der Rest – diesmal rund 62 Prozent Luxemburger Staatsbürger*innen – auf dem ersten Arbeitsmarkt. 1.917 der insgesamt 7.227 Personen mit besagtem Status waren bei der Adem eingeschrieben, 671 weitere waren weder als Arbeitnehmer*innen noch als Arbeitssuchende registriert. Auch die Art der Behinderung wurde im Rahmen der Studie erhoben. Die größte Gruppe – insgesamt 32 Prozent aller „salariés handicapés“ haben eine chronische Krankheit. Darunter fallen etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Auto-Immunerkrankungen und Krebs. Die zweitgrößte Gruppe (24 Prozent) sind diejenigen mit einer psychischen Erkrankung. Auf dem ersten Arbeitsmarkt leidet der größte Teil (38 Prozent) an einer chronischen Krankheit. Fast die Hälfte der in „Ateliers protégés“ Beschäftigten hat eine körperliche Behinderung. Bei denjenigen, die sich weder in Arbeit noch auf Arbeitssuche befinden, bilden Menschen mit psychischen Erkrankungen (37 Prozent) den größten Anteil. In den kommenden Monaten sind weitere Studienelemente geplant, unter anderem bezüglich der Qualität der Beschäftigung.

Méco: Wasserwirtschaftsamt soll stärker mitwirken

(mes) – Es steht schlecht um die Wasserqualität in Luxemburg. Kein einziger natürlicher Oberflächenwasserkörper befände sich in einem guten Zustand, kritisierte der Mouvement écologique auf einer Pressekonferenz des 20. Juni. Bei der Mehrheit (51 Prozent) sei der ökologische Zustand mäßig, bei jeweils einem Fünftel jedoch „unbefriedigend“ oder sogar „schlecht“ (23 und 20 Prozent). Alle seien mit Pestiziden verunreinigt. Daran sei aber nicht das Wasserwirtschaftsamt schuld, das seit zwanzig Jahren für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserquellen und Ökosysteme zuständig ist. Dazu gehört unter anderem die Wiederherstellung von Flüssen. Wegen struktureller Probleme, wie dem Mangel an Personal und finanziellen Mitteln könnten diese jedoch nur schleppend umgesetzt werden, so der Méco. Vor allem aber kritisiert die Umwelt-NGO das begrenzte Mitspracherecht des Amtes bei Entscheidungen, die die Landesplanung betreffen. Sie fordert deshalb den Ausbau der Kompetenzen des Amtes, um es im Vorfeld in der Entwicklung des Landes, etwa bei der Landwirtschaftsplanung, einzubinden. Auch ein Koordinator solle eingestellt werden, damit die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien effizienter wird. Auf politischer Ebene mangle es nämlich an Willen, kritisiert die NGO. Von den im zweiten Wasserwirtschaftsplan inbegriffenen Maßnahmen zur Verbesserung des Verlaufes der Gewässer – was unter anderem gegen Hochwasser schützt – seien gerade mal acht Prozent umgesetzt worden. Doch „diese Ziele sind nicht verhandelbar für das Erhalten unserer Lebensgrundlage“, so Méco-Präsidentin Blanche Weber.

Le Luxembourg et l'accaparement des terres

(woxx) – Depuis la crise financière, des millions d'hectares de terres ont changé de mains ou ont été reloués dans le monde entier. Nombre de ces transactions peuvent être décrites par le terme « land grabbing » ou accaparement des terres. Ces acquisitions à grande échelle, surtout dans les pays du Sud global, sont le fait d'acteurs internationaux disposant d'importants moyens financiers : multinationales, particuliers fortunés, fonds d'investissement ou fonds de pension publics à la recherche de profits. Ces opérations ont fréquemment des conséquences écologiques et sociales désastreuses. Certains acteurs à l'origine de ces achats sont domiciliés au Luxembourg, le plus souvent pour des raisons fiscales. Le sujet fera l'objet d'une conférence, ce jeudi 27 juin, à Luxembourg, par Roman Herre, expert en agriculture, conflits fonciers et commerce agricole du réseau d'information et d'action Food First (FIAN) en Allemagne. Il citera notamment des entreprises et fonds basés au Luxembourg impliqués dans des conflits fonciers dans le monde entier. La conférence sera complétée par le journaliste du woxx Fabien Grasser, qui examinera le rôle du Luxembourg comme facilitateur de telles pratiques, en mettant en question les incitations fiscales dont bénéficient les entreprises et les fonds pour s'établir au grand-duché. La conférence est organisée par Etika en coopération avec l'ASTM et SOS Faim. Langues : anglais et français. Au centre Altrimenti, le 27 juin à 18 h.